

ERNEUERBARE ENERGIEN

## Die Energiepolitik der EU



**Hat die EU eine gemeinsame Energiepolitik und wenn „JA“, wie sieht sie aus und wenn „Nein“, wie sollte sie aussehen?**  
von **Dr. Hans Kronberger**

Wie alle prinzipiellen Fragen ist auch diese nicht eindeutig mit ja oder nein zu beantworten. Sehr wohl aber kann davon ausgegangen werden, dass den führenden Kreisen, in erster Linie in der EU-Kommission, aber auch im Rat und im Parlament, die Dringlichkeit der zukünftigen Energieversorgung ein bekannter Faktor ist – schließlich war eine der Hauptgründe für die Gründung der Kernvereinigung vor über 50 Jahren die gemeinsame Sicherung der Energieversorgung.

**Unumstritten ist auch, dass das Versorgungsproblem mit Primärenergie, angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Verknappung fossiler und atomarer Energieträger, zu einer existentiellen Frage für den Wirtschaftsstandort Europa werden wird.**

Bei einer Energieabhängigkeit von knapp 60 Prozent von außen wären die Lieferländer in der Lage, innerhalb kürzester Zeit den gesamten Wirtschaftsraum auf den Status eines Dritte-Welt-Landes herunter zu fahren. Dabei muss gar nicht böse Absicht dahinter stecken.

Die Internationale Energie Agentur (IEA) in Paris, jahrzehntelang eine Beschichtigungsorganisation, die die Versorgungssicherheit mit den fossilen und atomaren Primärenergieträgern Öl, Kohle, Gas und Uran außer Streit gehalten hat, überschlägt sich derzeit mit Warnungen vor einer fossilen Energiekrise, die die aktuelle Finanzkrise massiv in den Schatten stellen wird (siehe: Nobuo Tanaka, Süddeutsche Zeitung vom 27. Februar 2009, Fatih Birol in Independent und Neuer Zürcher Zeitung vom 5. August 2009).

**Die Spitzen der IEA (Präsident Tanaka und Chefökonom Birol) gehen davon aus, dass aus Gründen der**

**Verknappung des Angebots, bereits im Jahr 2013 der Ölpreis auf die 200 Dollar Marke klettern wird.**

Die Zeit drängt. „Wir müssen uns vom Öl verabschieden, bevor es sich von uns verabschiedet!“, findet IEA-Chefökonom Birol drastische Wort.



spielte. Von Nigeria über Algerien, Libyen bis nach dem Iran und natürlich Zentralasien ritterten die EU und die Russen um den Platzvorteil. Während die EU-Verhandler mühevoll Einzelinteressen einsammeln mussten, reichte für den russischen Gazprom – Chef Alexej Miller wahrscheinlich ein kurzes Telefonat mit Wladimir Putin, um entscheidungsreif zu sein (siehe dazu: SONNENZEITUNG Nr. 08). Es war ein Hase und Igel-Spiel, bei dem der russische Igel immer schon da war, wenn der europäische Igel ankam.

**Der Gedanke der Eigenversorgung durch erneuerbare Energien, die vor Ort verfügbar sind, ist zwar am Papier relativ gut verankert, aber noch lange nicht in den Köpfen der Energieversorger und Energiepolitiker angekommen.**

Die EU arbeitet zwar relativ konsequent an postfossilen Energieszenarien, wie dem Weißbuch für Erneuerbare bis hin zur durchaus ambitionierten Erneuerbaren-Richtlinie, doch es ist äußerst fraglich, ob die Maßnahmen auch nur annähernd ausreichen werden, um Preisstabilität und Versorgungssicherheit zu garantieren.

**Zwar kann die EU legislative Regelwerke schaffen, ist dabei aber massiv auf den tatsächlichen Umsetzungswillen der Mitgliedsstaaten angewiesen. Was sie nicht kann, ist eine einheitliche Energiestrategie fahren.**

In den Jahren 2007 und 2008, in Zeiten der Erdöhlhochpreise, fand ein Wettrennen um den Zugriff auf die Erdöl- und Erdgasversorgungsreviere weitläufig rund um Europa statt, der sich im Wesentlichen zwischen europäischen und russischen (Einzel)interessen ab-

Als Beweis dafür kann die Idee einer europäischen Versorgung aus der Wüste gewertet werden. Der Plan ist ein Beharren auf den völlig veralteten Strukturen durch einer zentrale Versorgung von außen, ohne Berücksichtigung der daraus resultierenden Probleme. Gefordert wird natürlich eine öffentliche Finanzierung und gleichzeitig eingestanden, dass die Ausbeute gegenüber dem Aufwand äußerst bescheiden ist. Mit einem Einsatz von 400 Milliarden Euro will man 15 Prozent des europäischen Strombedarfs von 2050 decken. Eine These dazu: Ein ähnlicher Betrag investiert in den Ausbau dezentraler regenerativer Energienutzung könnte bereits wesentlich früher einen bedeutend höheren Absicherungsgrad an der europäischen Stromversorgung bewirken. Die Rechner in der EU sind gefordert. ■

*Dr. Hans Kronberger  
Präsident Photovoltaik Austria*